Considérant en droit :

1. — Il est de jurisprudence constante qu'on doit entendre comme salaire au sens de l'art. 93 LP toutes sommes représentant essentiellement la rétribution d'un travail personnel et notamment la rétribution d'une activité libérale. D'autre part, il semble bien résulter du dossier que suivant l'accord intervenu entre le débiteur et son associé et sous réserve d'une répartition annuelle d'un bénéfice supérieur, chacun d'eux perçoit chaque mois une somme fixe à titre de rémunération de ses services. Cette rémunération peut donc être assimilée à un traitement qui serait dû par la société formée entre les associés. La disposition de l'art. 93 LP apparaît ainsi comme applicable.

2. — C'est à bon droit que le recourant se réfère aux motifs qui ont inspiré la règle posée par la jurisprudence et selon laquelle la saisie d'un salaire non échu ne saurait durer au delà d'une année. Cette règle, en effet, n'a été dictée que par le souci des intérêts du débiteur ; il fallait éviter que sa liberté ne fût par trop restreinte du fait d'une indisponibilité illimitée du produit de son travail (RO 35 I p. 767). Lors donc qu'à l'expiration de ce temps, le débiteur lui-même se déclare disposé à continuer à s'acquitter de sa dette de la même façon, c'est-à-dire par des versements en espèces prélevés sur son salaire, il est clair que les motifs qui ont commandé la limitation de la saisie ne peuvent être invoqués. Aussi bien on ne voit pas en l'espèce la raison pour laquelle les créanciers pourraient s'opposer à ce mode de règlement, si ce n'est celle de priver le débiteur du droit d'exercer ses professions, raison qui ne saurait évidemment être prise en considération.

Il s'ensuit donc que, contrairement à l'opinion de l'autorité cantonale, la saisie doit être maintenue pour une nouvelle année. Quant à la question de savoir ce qu'il en sera à l'expiration de cette période, il n'y a pas lieu de s'y arrêter présentement.

La Chambre des Poursuites et des Faillites prononce :

Le recours est admis en ce sens que la décision attaquée est annulée et l'office invité à maintenir la saisie pour une nouvelle année.

28. Entscheid vom 28. April 1933 i. S. Bendiner.

Wer erfährt, dass über seine Drittansprache kein Widerspruchsverfahren eingeleitet wird, erleidet keinen Rechtsverlust, wenn er nicht binnen zehn Tagen Beschwerde führt (Erw. 1).

Gegenstand des Widerspruchsverfahrens können auch die vom Willensvollstrecker beanspruchten Rechte bilden (Erw. 2).

Celui qui apprend que sa revendication n'a pas été suivie de la procédure d'opposition ne perd point son droit de recours lorsqu'il ne porte pas plainte dans les dix jours (consid. 1).

Les droits revendiqués par l'exécuteur testamentaire peuvent aussi faire l'objet de la procédure d'opposition (consid. 2).

Chi è venuto a sapere che la sua rivendicazione non ha dato luogo al procedimento di opposizione non subisce svantaggio giuridico se non se ne aggrava entro dieci giorni (consid. 1).

Anche i diritti vantati dall'esecutore testamentario possono formare oggetto di rivendicazione (consid. 2).

A. — In der Betreuung des Rekurrenten gegen Frau Merz geb. Busch gesch. Ambühl pfändete das Betreibungsamt Grüningen 4 bei der Bank A.-G. Leu & C^{ie} in Zürich liegende Gemeinde- und Bankobligationen (No. 1-4 der Pfändungsurkunde), welche die Schuldnerin von ihrem im Juni 1928 verstorbenen Grossonkel Jakob Friedrich Meyer unter folgender Testamentsklausel geerbt hatte : « Der Betrag des Erbteiles von Marie Busch soll wegen arbeitsscheuen leichtsinnigen Lebens derselben in Verwaltung der A.-G. Leu & C^{ie} bleiben und es sollen derselben nur die Zinsen zu freier Verfügung überlassen werden », und deren Zinsen die Schuldnerin am 22. September 1928 an den Vormund ihres 1922 geborenen Sohnes aus

erster Ehe, Amtsvormund J. Kunz in Luzern, zur Bestreitung der Kostgelder abgetreten hatte. Die Pfändungsurkunde vom 27. Juni 1932 enthält folgende « Bemerkungen » :

« Vindikation

Laut Schreiben der A.-G. Leu & C^{ie} in Zürich 1, dat. 18. 3. und 8. 6. 1932 werden die Objekte 1-6 zufolge Nacherbeinsetzung vom Sohn der Schuldnerin, Arthur Jakob Ambühl, geboren 1922, vertreten durch Amtsvormund J. Kunz in Luzern, bezw. von den Erben der Schuldnerin zu Eigentum angesprochen.

NB. Zufolge Testament wurde der Schuldnerin die lebenslängliche Verfügung über das Erbschaftsvermögen sub Ziff. 1-5 entzogen und muss dasselbe bis zum Tode der Schuldnerin in Verwaltung der Testamentsvollstreckerin Bank A.-G. Leu & C^{ie} in Zürich 1 verbleiben.

NB. Die Pfändungsobjekte wurden in Gewahrsam der Bank A.-G. Leu & C^{ie} in Zürich belassen.

Fristansetzung :

Dem Gläubiger wird hiemit eine Frist von zehn Tagen angesetzt, innerhalb welcher er gegen den Drittsprecher Arthur Jakob Ambühl, geb. 1922, vertreten durch Amtsvormund J. Kunz in Luzern, Klage erheben kann... »

Hierauf erhob der Rekurrent Klage bezüglich der 4 gepfändeten Obligationen — dagegen nicht bezüglich zweier weiterer Pfändungsobjekte, die daher endgültig aus der Pfändung gefallen sind — mit dem Erfolg, dass die Klage zugesprochen wurde.

Als der Rekurrent nun die Verwertung verlangte und dies der A.-G. Leu & C^{ie} am 9. Januar 1933 mitgeteilt wurde, führte sie am 12. Januar 1933 Beschwerde mit dem Antrag, das Betreibungsamt Grüningen sei anzuweisen, den dem Betreibungsamt Zürich 1 erteilten Verwertungsauftrag zu widerrufen.

B. — Die kantonalen Aufsichtsbehörden haben die

Beschwerde gutgeheissen und das Betreibungsamt Grüningen angewiesen, dem Rekurrenten Frist zur Einleitung der Widerspruchsklage anzusetzen.

C. — Den Entscheid der obern Aufsichtsbehörde vom 30. März 1933 hat der Rekurrent an das Bundesgericht weitergezogen mit dem Antrag auf Abweisung der Beschwerde.

*Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer
zieht in Erwägung :*

1. — Als unbegründet erweist sich zunächst die Verspätungseinrede des Rekurrenten. Verwirkung einer Drittsprache tritt nur dann ein, wenn sie schuldhafterweise nicht binnen zehn Tagen seit Kenntnis von der Pfändung beim Betreibungsamt angemeldet wird, jedoch entgegen der Ansicht des Rekurrenten nicht schon dann, wenn das Betreibungsamt auf die Anmeldung einer Drittsprache hin das Widerspruchsverfahren nicht einleitet und der dies wissende Drittsprecher deswegen nicht ohne Säumnis Beschwerde führt — aus dem einfachen Grunde, dass die Nichteinleitung des Widerspruchsverfahrens eine Rechtsverweigerung darstellt, wegen der jederzeit Beschwerde geführt werden kann (vgl. z. B. BGE 48 III S. 34/5 ; es wäre denn, dass eine ausdrückliche Verfügung getroffen wird, aus der sich ergibt, dass das Widerspruchsverfahren nicht eingeleitet werden wolle, was hier vor Erteilung des Verwertungsauftrages nie geschehen ist).

2. — Freilich enthalten die erwähnten Schreiben der Rekursgegnerin, welche Anlass zu dem angeführten Vermerk in der Pfändungsurkunde gegeben haben, keine prägnante Bezeichnung des von ihr in Anspruch genommenen Rechtes. Allein für die Gültigkeit der Anmeldung der Drittsprache war dies gar nicht erforderlich, weil ja das Widerspruchsverfahren immer einzuleiten ist, sobald ein Dritter ein die Pfändung ausschliessendes oder zurückdrängendes Recht an den gepfändeten Vermögens-

gegenständen geltend macht, wobei es gleichgültig ist, welcher Art dieses Recht sei (vorausgesetzt allerdings, dass es nicht ein durch ein Betreibungsverfahren begründetes Pfändungspfandrecht sei) (BGE 48 III S. 221 und frühere dort zitierte Entscheide). Hieran ist entgegen der Kritik des Rekurrenten festzuhalten, weil bei dem von ihm postulierten Ausschluss anderer als eigentums- oder pfandrechtsähnlicher Rechte vom Widerspruchsverfahren keine Möglichkeit bestünde, Streitigkeiten über solche Rechte in sachgemässer Weise entscheiden zu lassen, zumal derartige Streitigkeiten insbesondere nicht in den Kompetenzbereich der Aufsichtsbehörden einbezogen werden können. Dass aber die Rekursgegnerin ein solches Recht für sich in Anspruch nehme, musste aus ihrer Stellungnahme zu dem Pfändungsvorhaben geschlossen werden, weil nicht erfindlich wäre, zu welchem anderem Zwecke sie dem die Pfändung vollziehenden Betreibungsamt überhaupt die im ersten NB verurkundete Angabe gemacht hätte, als um darauf aufmerksam zu machen, dass sie die gepfändeten Obligationen nicht ohne weiteres zur Verwertung herausgeben können. Dies hatte denn auch die untere Aufsichtsbehörde schon in ihrem Beschwerdeentscheid vom 12. Mai 1932 hervorgehoben, der wegen anfänglicher Verweigerung der Pfändung notwendig geworden war. Um die Einleitung des Widerspruchsverfahrens zu veranlassen, genügt ja die blosser Behauptung eines solchen Rechtes, ohne dass es den Betreibungsbehörden zustünde, von der Einleitung des Widerspruchsverfahrens abzusehen, wenn ihrer Ansicht nach ein die Pfändung ausschliessendes oder zurückdrängendes Recht selbst unter der Voraussetzung der Richtigkeit der dafür vorgebrachten Tatsachen nicht anerkannt werden könnte. Gerade im vorliegenden Falle springt in die Augen, dass hierüber nur in Auslegung einer rechtsgeschäftlichen Willenserklärung und Anwendung materiellen Erbrechtes entschieden werden kann, die den Zivilgerichten vorbehalten bleiben müssen. Mit

Recht haben daher die Vorinstanzen die Einleitung des Widerspruchsverfahrens über die Streitfrage angeordnet, welcher Art die der Rekursgegnerin als Willensvollstrekkerin zustehenden Rechte seien (insbesondere im Falle, dass die Rekursgegnerin eine Nacherbeneinsetzung zu vollziehen beauftragt sei, was zunächst entschieden werden muss), und ob diese Rechte den pfändenden Gläubigern des Erben entgegengehalten werden können.

Demnach erkennt die Schuldbetr.- u. Konkurskammer :

Der Rekurs wird abgewiesen.

29. Entscheid vom 16. Mai 1933 i. S. Steinmann.

Rechtsvorschlag wegen mangelndem neuem Vermögen (Art. 265 und 75 SchKG):
Das Betreibungsamt hat nicht zu untersuchen, ob dem Schuldner diese Einrede formell überhaupt zusteht; anerkennt der Schuldner nachträglich, dass gegen ihn nie ein Konkurs durchgeführt wurde, so fällt damit nur die Begründung des Rechtsvorschlages dahin; der Rechtsvorschlag selbst bleibt bestehen.

Opposition indiquant comme motif que le débiteur n'est pas revenu à meilleure fortune (Art. 265 et 75 LP).

Il n'appartient pas à l'office des poursuites d'examiner si, à la forme, le débiteur est habile à soulever cette exception.

Si, par la suite, le débiteur reconnaît qu'il n'a jamais fait l'objet d'une procédure de faillite, c'est seulement le motif d'opposition indiqué qui disparaît; l'opposition même subsiste.

Opposizione adducante come motivo che il debitore non ha acquistato nuovi beni (Art. 265 e 75, LEF).

L'ufficio non ha veste per indagare, se il debitore è legittimato a sollevare quest'eccezione.

Se in seguito il debitore riconosce che non è mai stato oggetto di procedura fallimentare, solo il motivo dell'opposizione cade: l'opposizione stessa permane.

A. — Am 12. Oktober 1932 erhob der Rekurrent in der von der Berner Kantonalbank Delsberg gegen ihn angeho-